

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25241
Für den Verlagspreis: 20011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Marie Perle 38/40.
Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15./10. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 11palt. 30mm br. Zeile 30 A. 1. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10 A. außerh. 20 A. die 60 mm br. Reklameweile 150 A. außerh. 200 A. Obergänge 10 A. ausm. 15 A. außerh. 20 A. In der Regel werden nicht aufbewahrt.

Englischer Garten Weinrestaurant I. Ranges — An Sonntagen wieder geöffnet! —

Deutscher Millionentredit für Rußland.

Endgültige Unterzeichnung des Handelsvertrags voraussichtlich nächste Woche.

Eine preußische Novelle zum Finanzausgleich. — Caillaux' Abreise aus Amerika. — Vocarno in Erwartung der Konferenzteilnehmer.

Die Einigung zwischen Stresemann und Tschitscherin.

Berlin, 3. Okt. Zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage erfährt der Asien-Ozeanropa-Dienst u. a. folgende nähere Einzelheiten:

Den von Tschitscherin gestellten Exterritorialitätsforderungen ist nicht stattgegeben worden, soweit es sich um Hamburg handelt. Neun höheren Sowjetbeamten ist aber persönliche Unantastbarkeit zugesprochen worden. Die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Berlin dagegen ist erweitert worden. Die mit Kenntnis des Reichskabinetts den russischen Wirtschaftsorganisationen zu gewährenden deutschen Wirtschaftskredite umfassen 100 Millionen Mark.

Das Prinzip der Meistbegünstigung hat man sich gegenseitig ausgelast, jedoch erstreckt sich die Meistbegünstigung in bezug auf Deutschland nicht auf die zur Sowjetunion zählenden Oststaaten, u. a. auch nicht auf die Mongolei und Einfuhrkontingente von 40 000 südrussischen Schweinen unter den üblichen Quarantänobestimmungen ausgelast worden. Im übrigen gelte bis zum Abschluss eines Spezialvertrages der autonome Zolltarif. Königsberg wäre auf diese Weise in die Lage versetzt, dem deutsch-russischen Handel seinen Hafen zu öffnen. Die Verhandlungen zum Abschluss eines Spezialvertrages über den neuen Zolltarif sollen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Handelsvertrages beginnen.

Die gleiche Korrespondenz glaubt weiter melden zu können, daß die Unterredung zwischen Tschitscherin und Stresemann in der

Frage des Artikels 16

des Völkerbundsstatuts noch kein positives Ergebnis gebracht hat, und zwar aus dem Grunde, weil man nicht voraussehen kann, welche Form die Konferenz in Vocarno annehmen wird, und wie die Verhandlungen sich dort gestalten werden. Dr. Stresemann soll ausgelegt haben, nach der Sicherheitskonferenz noch einmal über diese Frage zu sprechen. — Tschitscherin habe sich nach seinen Unterredungen mit den deutschen Ministern drähtlich am Moskauer Gewand und mitgeteilt, daß er mit dem Ergebnis seiner Aussprache außerst zufrieden sei und sich deshalb zum Abschluss des Handelsvertrages mit Deutschland entschlossen habe. Die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Vertrages sollen beschleunigt durchgeführt werden, um die Unterzeichnung möglichst schon nächste Woche vollziehen zu können.

Tschitscherin habe aus Moskau die Antwort erhalten, daß man dort mit dem Ergebnisse seiner Reise zufrieden sei. Nur wünsche man, daß er sich auch nach Paris und nach London begeben. Tschitscherin dagegen sei der Ansicht, daß im Augenblick eine Reise dorthin überflüssig sei. Die endgültige Entscheidung hierüber werde aber von dem Verlauf der Verhandlungen in Vocarno abhängig sein.

Bei den Verhandlungen über die Gewährung von Krediten an Rußland in Höhe von 75 bis 100 Millionen Mark ließen die ersten Vorkläufe, die einen Dreimonatskredit vorsahen, auf Schwierigkeiten, da die russische Regierung glaubte, sich mit ihren Einkäufen in Deutschland nicht auf eine so kurze Zeit binden zu können. Sie verlangt einen größeren

Spielraum für ihre geplanten Einkaufsoperationen. Die Verhandlungen sind nunmehr auf neuer Basis aufgenommen worden und werden voraussichtlich bald zu einer vollständigen Einigung führen. Die Befürchtung, die in deutschen industriellen Kreisen aufgetaucht ist, daß die Kredite ausschließlich für den Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen verwendet werden sollen, trifft nicht zu. Die Handelsvertretung der Sowjetunion wird aller Voraussicht nach in bezug auf die Verwendung der Kredite insofern freie Hand behalten, als sie sich nicht auf den Ankauf einer Warengattung wird festlegen lassen.

Rußlands unbegründete Besorgnisse.

Berlin, 3. Okt. Ueber die Unterredung des Außenministers Dr. Stresemann mit dem russischen Volkskommissar Tschitscherin weiß die „Zagl. Rundschau“ noch einige ergänzende Mitteilungen zu machen. Das Blatt erklärt, es sei anzunehmen, daß die von Tschitscherin zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse, Deutschland könne durch die Abschließung eines Wehspaktes und durch den Eintritt in den Völkerbund zu einer Politik verleitet werden, die unter Führung Englands ihre Spitze gegen Rußland richtet, ausgedehnt zwischen Dr. Stresemann und Tschitscherin behandelt worden seien. Dabei könne sich nach Lage der Dinge nur die Gewissheit ergeben haben, daß die Befürchtungen Rußlands vollkommen unbegründet seien.

Es gebe in der deutschen Außenpolitik keinen Punkt, der die Besorgnisse Rußlands irgendwie rechtfertigen könnte, und der russische Außenkommissar werde sich von dem festen Willen der deutschen Regierung überzeugen haben können, an ihrem bisherigen durch den Rapallovertrag gefestsicherten Kurs Rußland gegenüber festzuhalten. Die Vorbehalte, die Deutschland in bezug auf den Artikel 16 und 17 der Völkerbundsstatute geltend machte, bewiesen zur Genüge, daß dieser Kurs auch in Zukunft aufrechterhalten werden solle. Das Blatt schließt seine Ausführungen: Wir nehmen an, daß die beiden Staatsmänner im besten Einvernehmen voneinander geschieden sind.

Deutschfreundliche Demonstrationen in Moskau.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) London, 3. Okt. Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Auf Betreiben der Sowjetregierung haben in Moskau große Kundgebungen für ein Bündnis mit Deutschland stattgefunden. An den Demonstrationen, die vor der deutschen Botschaft ihren Höhepunkt erreichten, nahmen etwa 80 000 Personen teil.

Ablehnende Kritik der Pariser Presse.

Paris, 3. Okt. Die Pariser Presse bespricht den Abschluss des deutsch-russischen Handelsvertrages in tadelndem Sinne. Das „Journal“ schreibt: Dieser Handelsvertrag, dem sicherlich politische Zusagen vorausgegangen sind, hat deshalb einen Anarchocharakter, weil er einen Tag vor der Abreise der deutschen Delegation abgeschlossen wurde, und weil Tschitscherin in Berlin jedem Pressevertreter erklärte, seine Aufgabe sei, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu verzögern.

bedeuten. Die Forderungen, die wir als Gegenleistung für unsere Opfer aufgestellt haben, seien von der Gegenseite nicht nur abgelehnt, sondern sogar mit neuen Forderungen beantwortet worden, die darauf abzielen, die Rechte der anderen zu erweitern. Habe man sich einmal über das Sicherheitsproblem allgemein geeinigt, so würde man sich auch über andere Fragen verständigen können.

Dieser letzte Schiffer die deutsche Erklärung zur Kriegs-schuldfrage ins rechte Licht und wies darauf hin, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine neue Anerkennung des Versailler Vertrages mit sich bringe und deshalb eine nochmalige Ablehnung des 231 notwendig sei.

Mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit für Deutschland, fremden Truppen das Durchmarschrecht zu gewähren, stellt Schiffer zur Erwägung, ob nicht eine Neutralität Deutschlands nach dem Vorbild der Schweiz die Schwierigkeiten des Art. 16 beheben würde.

Zu dieser realpolitischen Unternehmung über Deutschlands Stellung zum Völkerbund gehöre es auch, das Argument einer Kritik zu unterlegen, das von den deutschen Völkerbundsfreunden so gern in den Vordergrund gerückt wird, daß Deutschland den Schutz der Minderheiten zu seiner besonderen Aufgabe im Völkerbunde machen könne. Dem hält Schiffer den Jnnweltschutz des Völkerbundes entgegen, der Deutschland von diesen Aufgaben ausschließt und der selbst Anhänger des Völkerbundes wie Graf Bernstorff abgelehrt habe. (T. U.)

Demokratische und sozialistische Angriffe gegen das Unternehmertum.

Die Sozialdemokratie und der radikale Teil der bürgerlichen Demokratie halten die Gelegenheit für geeignet, gleichzeitig mit dem Ansturm gegen die Deutschnationalen aus Anlaß der Sicherheitsfrage eine Attacke gegen das Unternehmertum zu reiten. Als Angriffspunkte haben sie sich das Verhalten der führenden industriellen Kreise in der Kartellfrage und die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen gewählt. Die Staatsautorität, zu deren Schützern sich in diesem Falle ausgerechnet die Radikalen aufwerfen, soll dadurch gefährdet sein, daß der Reichsverband der Industrie über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler wegen des Vorgehens gegen die Kartelle eine Mitteilung herausgegeben habe, die mit der Bemerkung schloß, man dürfe nach dem Verlaufe der Besprechungen wohl erwarten, daß das Reichswirtschaftsministerium weitere Schritte nur noch in Verbindung mit den maßgebenden Stellen der Industrie tun werde. Ueber diesen Satz ist ein Berliner demokratisches Blatt ganz aus dem Häuschen geraten. Es erblickt darin — man höre und haune! — nicht mehr und nicht weniger als einen Versuch zur Errichtung einer „industriellen Diktatur“. Die Regierung, so heißt es, würde, wenn sie sich diesem „Nachspruch“ fügte, die Allgemeininteressen der Nation preisgeben und zum Reichsvollzieher der Industrie, also einer kleinen wirtschaftlichen Nachgruppe, werden. Hier setze die Staatsautorität auf dem Spiele, die nur dann voll gewahrt werden könne, wenn die Regierung sich unangenehm zeige und sich auf feinerlei Kompromisse einlasse. Es wird dann noch mit dem Anschein des Eingeweihten die Mitteilung gemacht, der Reichskanzler habe „mit erfreulicher Entschiedenheit“ solche ein „entwürdigendes“ Ansuchen zurückgewiesen und betont, „daß er sich nicht einen fremden Willen aufzwingen lassen und sich nicht einer Präventivaktion unterstellen werde“. Diese Darstellung ist natürlich freie Phantasie. Man braucht nur an die Fabel von der angeblichen schweren Unstimmigkeit zwischen dem Kabinett, den Ministerpräsidenten der Länder und dem Auswärtigen Ausschuss zu denken, um zu begreifen, mit welcher skrupellosen Leichtfertigkeit derartige Tendenzmeldungen zu parteipolitischen Zwecken in die Welt gesetzt werden. In dem vorliegenden Falle ist schlechterdings kein Grund vorhanden, weshalb der Reichskanzler den Vertretern der deutschen Industrie so schroff begegnet sein sollte. Gewiß muß die Staatsautorität so fest gegründet sein, daß keine wirtschaftliche Gruppe, und sei sie noch so mächtig, sich vermaßen darf, für ihre Sonderzwecke die staatliche Gewalt im Widerspruch mit den allgemeinen Interessen auszuüben zu wollen. Eine Regierung, die vor Drohungen irgendeines wirtschaftlichen Verbandes zurückweichen würde, einerlei ob es sich um Organisationen der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer handelt, um etwas zu tun, was dem allgemeinen Wohl widerspricht, oder etwas zu unterlassen, was sie als Vertreterin der gesamten Nation pflichtmäßig tun müßte — eine solche Regierung würde sich einer argen Verletzung ihrer Obliegenheiten schuldig machen und verbiete, in Anklagezustand verlegt zu werden. Bei Dr. Luther ist natürlich an so etwas schlechterdings nicht zu denken. Da würde jede Interessentengruppe, die sich eines solchen Unterfangens schuldig machte, auf Granit stehen. Es liegt aber auch nicht der geringste wirkliche Anlaß, außer einem dringenden parteipolitischen Alarmbedürfnis, vor, den Versuch einer derartigen Einwirkung zu wagen. Was der Reichsverband wünscht, ist lediglich die Ermäßigung einer gutachtlichen Beratung mit der Regierung, bevor sie künftig weitere einschneidende Maßnahmen gegen die Kartelle trifft. Dieses Verlangen erscheint an sich der verwinkelten wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Kartellwesen verbunden sind, durchaus berechtigt. Man darf doch nicht vergessen, daß die Kartelle auch eine wesentliche wirtschaftliche Aufgabe erfüllen, indem sie die Erzeugung rationalisieren, d. h. sie aus der Planlosigkeit herausführen und sie planmäßig gestalten, je nach den wirklichen Bedürfnissen des Marktes. Auf diese Weise werden Angebot und Nachfrage in ein geordnetes Verhältnis gebracht und dadurch die gesamte Wirtschaft gefördert. Die Auswüchse des Kartellwesens, die in der Verbeiführung einer künstlichen Fetterung durch marktwidrige Beschränkung der Erzeugung oder absichtliche Zurückhaltung von Waren, durch willkürliche Preisdiktate und Unterdrückung der freien Konkurrenz in Erscheinung treten, müssen freilich nachdrücklich bekämpft werden, und hierzu befindet ja auch die Regierung den ersten Willen. Sie hat sehr große Verbände wegen der das Ver-

Eine Rede des Reichsministers a. D. Schiffer

Hamburg, 3. Oktober. Ueber das Thema „Die Grundlagen der deutschen Außenpolitik“ sprach gestern abend Reichsminister a. D. Schiffer in Hamburg überseeft. Zu Beginn seines Vortrages machte Schiffer auf den Unterschied zwischen Friedensvertrag und Völkerbundsstatut aufmerksam. Frankreich nehme den Völkerbund mit in Kauf, um den Versailler Vertrag zu erhalten, während Wilson durch den Völkerbund den Versailler Vertrag verbessern wollte. Amerika hat jedoch nicht unterzeichnet und Frankreich benutzt den Völkerbund als Instrument seiner Nachpolitik. Aber auch das deutsche Verhältnis zum Versailler Vertrag hat sich geändert. Während unsere Politik durch den Leitsatz „Vos von Versailles“ bestimmt werden müßte, sind wir heute gezwungen, die Rückkehr zum Versailler Vertrag zu fordern, um seine Ueberwindung durch unsere Wegner wieder zu befechtigen.

Zur Ueberwindung des Versailler Vertrages erörterte Schiffer drei Mittel, von denen er nur das dritte als anwendbar erachtet. Der Weg der Gewalt sei uns verschlossen, ein anderer Weg zur Ueberwindung von Versailles sei verliert worden, die Erfüllungspolitik. Sie sollte durch Erfüllung die Nichterfüllbarkeit erweisen. Heute hat die Reichsregierung den dritten Weg eingeschlagen, den Schiffer als „elastische Methode“ bezeichnet. Er bedeuete gegenüber seinen Vorgängern eine aktivistische Außenpolitik. Der Bericht auf Schiff-Correspondenzen werde die Aufgabe einer wichtigen Position